

# Weniger Lärm, mehr Umweltauflagen

Das sind die Forderungen des Warthäuser Gemeinderats –  
Warum nicht alles machbar ist



Vor allem die Bewohner der Karl-Arnold-Siedlung in Herrlishöfen wären vom Lärm und Verkehr im Industriegebiet IGI betroffen. (Foto: Andreas Spengler)

Andreas Spengler

---

## Warthausen

Mehr Lärmschutz für die Anwohner, höhere Umweltauflagen und der Schutz des Trinkwassers: Die Warthäuser Gemeinderäte haben einige Nachbesserungen für den Bebauungsplan des Industriegebiets im Rißtal (IGI) gefordert – und einen Vorschlag der Warthäuser Verwaltung teils scharf kritisiert.

Zunächst schien es eine ungewöhnliche Rolle, in der sich die Warthäuser Gemeinderäte wiederfanden: Im Bebauungsplanverfahren ist die Gemeinde streng gesehen nur ein „Träger öffentlicher Belange“. Das heißt, der Rat kann zwar Bedenken, Stellungnahmen und Einwände abgeben. Entschieden wird darüber allerdings schlussendlich im Zweckverband. Ungewöhnlich schien für manche Räte auch die Vorlage der Warthäuser Verwaltung. Gegen den Bebauungsplan für das IGI würden „keine Einwendungen erhoben“, war dort zu lesen.

Das sorgte für Unmut: „Wir haben doch eigene Vorstellungen, wie das IGI auszusehen hat“, betonte Philipp Eggensberger (ÖBB). Die Gemeinde könne sich nicht aus der Verantwortung ziehen, „nur weil sie den Verbandsvorsitz abgegeben hat“, erklärte Heribert Moosmann (FW). Er sprach von einem „Gefälligkeitsbeschlussvorschlag“. Manche Zahlen in den Gutachten wirkten „schön gerechnet“, um gerade noch die Grenzwerte einhalten zu können.

Der IGI-Planer Bernd Munz von Lars Consult hatte zuvor einen Überblick über die wesentlichen Gutachten gegeben. Aktuell betrage die Lärmbelastung in Herrlishöfen an der L 267 tagsüber etwa 72 Dezibel, nachts 62 Dezibel. Damit würde auch die „Schwelle der Gesundheitsgefahr“ heute bereits überschritten.

Mit dem geplanten ersten Bauabschnitt im IGI steige die Belastung um ein bis zwei Dezibel. Allerdings würden die Pegel mit dem geplanten IGI nirgends auf mehr als zwei Dezibel steigen – der gesetzliche Grenzwert werde damit gerade noch eingehalten. Kritik daran äußerte zunächst Vera Schloßbauer (FW). Sie trug in einem Schreiben mehrere Anmerkungen vor und verwies konkret auf einen Hinweis im Fachgutachten: Demnach sei ein Lärmschutzgutachten zu erarbeiten, wenn die Pegelwerte entsprechend überschritten werden. Auch wenn die zusätzliche Erhöhung noch bei zwei Dezibel liege. Sie forderte die Lärmbelastung für die Ortsteile Herrlishöfen und Barabein deutlich zu reduzieren. Als Maßnahmen dafür werden in dem Gutachten unter anderem Flüsterasphalt und eine Geschwindigkeitsreduzierung genannt. IGI-Planer Munz betonte aber auch, dass sich die Vorschläge nicht im Bebauungsplan festschreiben ließen. Für die L 267 sei nun mal das Land zuständig. Warthausens Bürgermeister Wolfgang Jautz verwies auf eine momentane Fortschreibung eines Lärmgutachtens. Gemeinderat Moosmann forderte, die Gemeinde könnte ja auch „präventiv“ Schallschutzmaßnahmen treffen.

Weitere Forderungen der Räte, vor allem aus der ÖBB-Fraktion, waren unter anderem verpflichtende Dachbegrünungen, Fassadenbegrünungen und eine insektenfreundliche Beleuchtung. Munz erklärte, dass nicht alles, was wünschenswert ist, auch machbar sei. Vieles davon dürfe gar nicht im Bebauungsplan vorgeschrieben werden, anderes sei kaum praktikabel. Bei sehr langen Hallen könnte zum Beispiel eine vollständige Begrünung des Daches die „Statik ins Wanken bringen“.

Gemeinderätin Schloßbauer griff auch den Schutz des Trinkwassers auf und forderte, „die Vorgaben aus dem geotechnischen Gutachten sind vollumfänglich zu berücksichtigen“ (SZ berichtete). Es sei wichtig, dass der Gemeinderat mit den Einwendungen das Zeichen setze, dass er sich intensiv damit beschäftige.

Ratsmitglied Franz Schuy (CDU) erklärte hingegen, dass alle Forderungen des Rats bereits im Bebauungsplan eingearbeitet worden seien. Die Vorgaben des Plans müssten nun eingehalten werden. Schuy sprach sich auch deutlich für Lärmreduzierung auf der L 267 aus. „Zudem verwies er auf die laufende Bürgerbeteiligung zum Bebauungsplan: „Ich bin gespannt, was von den Bürgern kommt. Die Anregungen müssen dann abgewogen werden.“